

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schmitt

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 886 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Annemarie Renger MdB zur
Entwicklung in Polen: Eine
neue Epoche beginnt.

Seite 1

Dr. Rudolf Schöfberger MdB
zum Erfordernis, die Rechts-
radikalen offensiv zu be-
kämpfen: Den Republika-
nern den Nährboden entzie-
hen.

Seite 3

Rudolf Scharping MdL zu
den Fusionsplänen für den
Südwestfunk und den Süd-
deutschen Rundfunk: CDU-
Amoklauf gegen die südwest-
deutsche Rundfunkland-
schaft.

Seite 4

Horst Peter MdB zu den
Perspektiven des Europäi-
schen Binnenmarktes: Dere-
gulierung oder soziale Ge-
staltung (Teil III und
Schluß).

Seite 5

44. Jahrgang / 32

16. Februar 1989

In Polen beginnt eine neue Epoche

Die Deutschen müssen sich des Wendepunkts in der Politik War-
schau bewußt werden

Von Annemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Die Politik des runden Tisches findet statt. Als ich im November
vergangenen Jahres Polen besuchte und hier politische Gespräche
führte, war es noch äußerst zweifelhaft, ob diese neue Politik zustan-
de kommen werde.

Man hatte damals nicht den Eindruck, als werde die Vereinigte Pol-
nische Arbeiterpartei (VPAP) einen politischen Kompromiß mit
Arbeiterführer Lech Walesa und der Solidarnosc-Gewerkschaftsbe-
wegung suchen.

Jetzt, im Februar 1989, bei meinem zweiten Besuch, erfährt man,
daß die ersten Gesprächsrunden bereits Ergebnisse gebracht haben,
die zu Hoffnungen auf eine allgemeine Verbesserung Anlaß geben.
Nach den ersten Gesprächsrunden sollte niemand politisch überzo-
gene Forderungen aufstellen, um den Dialog nicht doch noch zu
gefährden.

Niemand darf überfordert werden. In Polen geht es um den Beginn
einer neuen Epoche. Ein Neuanfang im Bereich der Politik wie der
Wirtschaft wird umwälzende Veränderungen bewirken.

Der Weg von einer Planwirtschaft nach sowjetischem Muster und in
Abhängigkeit von der Sowjetunion hin zu einer gewissen Liberali-
sierung der Wirtschaft gleicht einem polnischen Ritt über raue See.

Polens Wirtschaft ist weit hinter der westeuropäischen wirtschaft-
lichen Entwicklung zurückgeblieben.

International wie im bilateralen Rahmen hat sich ein großer Schul-
denberg angesammelt. Wenn es keine vernünftige Schuldenregelung
gibt, werden alle Bemühungen um einen politischen wie wirtschaft-
lichen Neubeginn vergeblich sein.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Versäufte Umgar
mit erneuter Rohstoffe
Recycling-Papier



Mit anderen Worten: Pariser Club, Weltbank, Weltwährungsfonds und die Bundesrepublik Deutschland werden sich bewußt sein müssen, daß von einer sinnvollen Schuldenregelung der wirtschaftliche und der politische Erfolg der polnischen Evolution abhängig ist. Nicht zuletzt wird auch die Politik von Gorbatschow positiv oder negativ von Erfolg oder Mißerfolg bei der Regelung der polnischen Probleme beeinflußt werden.

Der Politik der Bundesrepublik fällt dabei eine zentrale Aufgabe zu. Sie kann im Pariser Club auf positive Entscheidungen hinwirken. Im bilateralen Verhältnis kann ein entscheidender Wechsel auf die Zukunft ausgestellt werden. Eine jährliche Zinslast von rund zwei Milliarden US-Dollar kann Polen nicht verkraften. Hier ist deutsche und internationale Hilfe von größter Dringlichkeit.

Bundeskanzler Kohl wird Polen in wenigen Monaten besuchen. Vorher werden einzelne Fachminister bilaterale Probleme erörtern. Sie sind für die Verbesserung der polnischen Wirtschaftsstruktur von größter Bedeutung.

Polens Wohnungsbau liegt im argen; junge Familien müssen noch sehr lange auf eine eigene Wohnung warten, wenn nicht schnell und durchgreifend der Wohnungsbau aktiviert wird. Die Versorgung mit Konsumgütern ist immer noch mangelhaft. Die polnische Kapazität in diesem Sektor ist unzureichend. Eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung braucht funktionierende Verkehrswege, ein zuverlässiges Telekommunikationsnetz und Investitionen in vielen anderen Bereichen.

Am 1. Januar 1988 sind neue Gesetze in Kraft getreten, die ausländische Investitionen ermöglichen und absichern sollen. Bessere Joint-Venture-Unternehmungen sind möglich geworden. Jetzt ist auch Unternehmer-Risiko gefragt. Bei einem hoffentlich bald eintretenden Erfolg in der Verbesserung der polnischen Wirtschaft liegt hier für manchen Betrieb ein neuer Markt, der auch Arbeitskräfte bei uns sichert.

Der Bundeskanzler weiß um die Situation und wird all dies bei seinem Besuch in Polen selbst erfahren. Er wird die Sensibilität mit nach Polen bringen, die gerade wir in der Bundesrepublik, stellvertretend für alle Deutschen, diesem Land und seinen Menschen gegenüber aufbringen sollten. Der 1. September 1939 kann und darf nicht vergessen werden. Als Konsequenz des verbrecherischen Überfalls auf Polen haben gerade auch wir Bitteres erfahren. Viele unserer Landsleute haben die Heimat verloren.

Aber es darf kein Aufrechnen geben. Es darf und kann nur einen Weg nach vorn geben. Dies gilt für beide Seiten. Daher sollte der Besuch des Bundeskanzlers in Polen von keiner Seite mit Forderungen belastet werden, die den Weg nach vorn in der jetzigen Situation nur erschweren.

Was wir verlangen können, ist die konsequente Erfüllung der Vereinbarungen der KSZE-Schlußakte, den auch Polen feierlich unterzeichnet hat.

Von uns kann man verlangen, daß wir uns der Bedeutung dieses Wendepunktes bewußt sind, an dem dieses geschichtsbewußte und stolze Volk der Polen gegenwärtig steht, um einen politischen und wirtschaftlichen Neubeginn in eine bessere Zukunft zu wagen. (-/15.2.1989/vo-he/rs)

Den Republikanern den Nährboden entziehen

Zum Erfordernis, die Rechtsradikalen offensiv zu bekämpfen

Von Dr. Rudolf Schöfberger MdB
Vorsitzender der bayerischen SPD

Die Republikaner sind nach Auffassung der SPD eine rechtsradikale Partei, die von allen Demokraten energisch bekämpft werden muß.

Die Wähler der Republikaner sind zum größten Teil keine „alten Nazis“, sondern bedrängte und verängstigte Menschen, die ihren Protest gegen die Folgen rabenschwarzer Politik mit Massenarbeitslosigkeit, sozialem Unrecht und Wohnungsnot sowie gegen die Unfähigkeit der Konservativen in Sachen Ausländer und Aussiedler auf diese Weise zum Ausdruck bringen.

Wer den Republikanern den Nährboden entziehen will - und die Sozialdemokratie ist dazu fest entschlossen - muß für Vollbeschäftigung, für soziale Gerechtigkeit, für eine ausreichende Wohnungsver-sorgung zu erschwinglichen Mieten und für eine gleichermaßen humane wie sozialverträgliche Ausländerpolitik sorgen.

Die bayerische SPD ist über die Reaktion der CSU auf den Berliner Erfolg der Republikaner tief besorgt. Statt mit allen anderen demokratischen Parteien eine bessere Politik zu planen, versucht die CSU mit einem wortradikalen Rechtsruck, mit nationalen Tönen und mit vordergründigen Scheinlösungen die Republikaner noch zu übertrumpfen. Dabei schreckt sie nicht einmal mehr vor Angriffen auf den allseits geachteten Bundespräsidenten zurück. Die CSU hat offenbar noch nicht begriffen, daß die Saat, die sie sät, bei den Republikanern aufgeht.

Für uns Sozialdemokraten ist das Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte ein unverbrüchliches Menschenrecht im Einklang mit der Europäischen Menschenrechtskonvention. Daran lassen wir nicht rütteln. Wer mit Gefahr für Leib und Leben politisch verfolgt wird, findet bei uns - wie in jeder anderen demokratischen Nation - Schutz und Zuflucht.

Wir Sozialdemokraten sind ebenso entschlossen, jeden Mißbrauch dieses Menschenrechts abzuwehren. Dazu dient ein zügiges und rechtsstaatliches Asylverfahren. Wer nicht anerkannt wird und auch nicht den Schutz der Genfer Konvention beanspruchen kann, muß alsbald wieder gehen. Auf diesem Gebiet versagen die regierenden Konservativen. Mit ihrem Muskelspiel wollen sie nur von diesem Versagen ablenken.

Obwohl die Bundesrepublik nach allgemeiner Auffassung kein Einwanderungsland ist, sorgen die Konservativen mit einer gefährlichen „Heim-ins-Reich-Ideologie“ für einen Zustrom von Millionen von Aussiedlern. Für 64.000 anerkannte Asylberechtigte, die unter uns leben, soll kein Platz sein, für zwei und mehr Millionen Aussiedler schon. Welch ein Widerspruch!

Böses Blut macht der Umstand, daß die Aussiedler Arbeitsplätze, Wohnungen und Rentenansprüche bekommen, die für unsere Bürgerinnen und Bürger unerreichbar sind. Wir Sozialdemokraten sagen: Hilfsbereitschaft ja, Bevorzugung nein!

Wir Sozialdemokraten haben die Gründe der CDU/CSU für die höchst unterschiedliche Behandlung von Aussiedlern und Asylbewerbern klar erkannt: Die einen sind nach dem Tag ihrer Ankunft wahlberechtigt, die anderen für den Rest ihres Lebens nicht. Damit will die CDU/CSU ihre Mehrheiten bis über das Jahr 2000 hinaus zementieren.

Demgegenüber ist die Politik der SPD klar und eindeutig: Schutz und Solidarität für Menschen, die mit gutem Recht zu uns kommen, und energische Abwehr des Mißbrauchs! Die SPD ist auch auf diesem Gebiet die einzige Alternative zur regierenden CSU. Einer rechtsradikalen Partei bedarf es wahrlich nicht.

(-/15.2.1989/vo-he/rs)

* * *

CDU-Amoklauf gegen die südwestdeutsche Rundfunklandschaft

Zu den Fusionsplänen für den Südwestfunk und den Süddeutschen Rundfunk

Von Rudolf Scharping MdL
Partei- und Fraktionsvorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz

Fast könnte man meinen, die beiden Ministerpräsidenten Wagner (Rheinland-Pfalz) und Späth (Baden-Württemberg) wollten sich beim Grandseigneur der bundesdeutschen Unterhaltungselektronik Rat holen, wie man einen großen und einflußreichen Medienkonzern zusammenschmiedet. Denn niemand anderes als Max Grundig wird in seiner neuen Luxusherberge auf der „Bühlerhöhe“ Gastgeber sein, wenn sich die beiden CDU-Politiker an diesem Wochenende treffen, um über die Fortsetzung ihrer Fusionspläne für den Südwestfunk und den Süddeutschen Rundfunk zu beraten.

Die beiden Christdemokraten werden dabei ein Schlachtfeld betreten, dessen Chaos und Durcheinander sie in den vergangenen Wochen selbst angerichtet haben. Von einer Fusion, über lockere oder engere Zusammenarbeit, bis hin zur Beibehaltung des Status quo waren in den vergangenen Wochen nahezu alle Modelle auf dem Tisch, die in den medienpolitischen Denkschulen entwickelt worden sind. Und wie immer, wenn sich CDU-Politiker aus ihrem Wolkenkuckucksheim herunterbegeben in die Tiefen der rauhen Wirklichkeit, wurde die bisherige Diskussion weitab von jeder Realität und natürlich auf dem Rücken der direkt Betroffenen ausgetragen. Doch zur Überraschung der CDU-Ministerpräsidenten hat sich eine breite Front der Ablehnung gebildet, der sich selbst Hilfstruppen aus dem Unions-Lager angeschlossen haben.

Nachdem sich Späth und sein damaliger Kollege Vogel in der ersten Runde mit ihren Fusionsplänen fast ausnahmslos Absagen eingehandelt hatten, soll nun, in einem zweiten Anlauf, mit dem neuen rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Wagner, ein weiterer Versuch unternommen werden, unter dem Zauberwort „enge Kooperation“ die beiden Sendeanstalten ineinander überzuführen. Denn am gewünschten Ziel der beiden Landesfürsten hat sich bis heute nichts geändert.

Und somit scheint es, als seien die geharnischten Proteste von SPD, FDP, Gewerkschaften und Journalistenverbänden fruchtlos verhallt, weil der politische Wille der CDU sich einer sach- und fachgerechten Beurteilung entzieht. „Veränderung um der bloßen Veränderung willen“ heißt der Vorwurf des CDU-Fraktionsvorsitzenden aus Baden-Württemberg an seinen Parteifreund und Ministerpräsidenten. Überall auch werden Sorgen laut, daß bei einer Zusammenlegung der beiden Sender die regionale Berichterstattung weiter zurückgehe und den Privatsendern freiwillig Platz gemacht werde.

Nur die Schaffung des EG-Binnenmarktes kann zudem nicht als Vorwand dienen, im Südwesten einen Rundfunkriesen zu schaffen, der nach Einschätzung aller Fachleute seinen gesetzlichen Aufgaben von Informationen, Unterhaltung und Bildung nur schwerlich noch gerecht werden kann. Die gewachsene „Einheit in Vielfalt“ in der südwestdeutschen Rundfunklandschaft hat sich bewährt, und nur, weil zwei Ministerpräsidenten eine Kür aufs medienpolitische Parkett legen wollen, dürfen gewachsene und allseits anerkannte Rundfunkstrukturen nicht vorschnell dem Reißwolf preisgegeben werden.

Es bleibt mehr als fraglich, ob solche Gedanken die beiden Chefunterhändler bei dritten oder vierten Gang auf der Bühlerhöhe beschäftigen werden. Vielmehr gilt jetzt für beide, ihre Haut zu retten, wenn von allen Seiten der Wind ins Gesicht bläst. „Engere Kooperation“ ist dabei zunächst nur die Worthülse, die alles meint und nichts genaues festlegt. Man wird genau hinsehen müssen, welches Dessert die beiden Herren am Schluß tatsächlich auf den Tisch zaubern. Schließlich hatte schon so manche Süßspeise für die Beteiligten einen bitteren Nachgeschmack. (-/15.2.1989/vo-ha/rs)

* * *

Deregulierung oder soziale Gestaltung (Teil III und Schluß)

Der europäische Binnenmarkt darf nicht Kapitalinteressen unterworfen werden

Von Horst Peter MdB
Europa-Beauftragter der SPD für Sozialpolitik

Zur Position der offensiven sozialen und ökologischen demokratischen Gestaltung des Binnenmarktprozesses.

Wesentliche Voraussetzung dieser Position des gestaltenden Eingriffs in die ablaufenden ökonomischen Entwicklungsprozesse ist die Koordinierung der nationalen und europäischen Ebenen der Politik und der klaren Bestimmung der verschiedenen Handlungsfelder und was jeweils europäisch und national oder dezentral anzugehen ist. EG-Politik kann nur Problemstellungen, die über Kapitalinteressen hinausgehen, aufgreifen, die auf innenpolitischer Mobilisierung beruhen. Deshalb ist der europäische Gesetzgebungsprozeß auf nationaler Ebene vorzubereiten und zu begleiten. Das bedeutet aber, daß auch in der Europapolitik die nationalen gesellschaftlichen und politischen Konflikte weiterbestehen, daß sich beispielsweise die Bundesregierung auf europäischer Ebene kein soziales Image geben kann, wenn sie gleichzeitig national unsoziale Politik betreibt. Das gleiche gilt für die Umweltpolitik, die Verbraucherpolitik, die Forschungspolitik und andere Politikfelder. Kurzgefaßt: überall dort, wo nationale Reformpolitik an Grenzen stößt, ist die Europäisierung der Reformpolitik nötig. Dabei ist es notwendig politisch deutlich zu machen, daß Richtlinien abgelehnt werden, wenn nicht die gestaltenden Forderungen akzeptiert werden.

VIII.

Wichtige Forderungen europäischer Reformpolitik sind:

- + die Reform des europäischen Gesetzgebungsweges, indem das Europäische Parlament Gesetzesinitiativrechte und Beschlußrechte erhält,
- + Diskussion über dezentrale demokratische Beteiligungsrechte der Bevölkerung,
- + die Kooperation der europäischen Gewerkschaften zur Entwicklung einer europäischen Gewerkschaftsstrategie. Dabei hat der Europäische Gewerkschaftsbund wichtige Vorarbeiten geleistet, die unterschiedlichen, historisch gewachsenen Formen gewerkschaftlichen Engagements (Einheitsgewerkschaften, politische Richtungsgewerkschaften, Industrieverbandssystem, Multigewerkschaftsbetrieb, Betriebsratssystem, Fabrikratssystem, shop-steward-System) programmatisch zusammenführen,
- + die Erarbeitung notwendiger Reformvorhaben und eines festen Terminplanes, mit denen der Gesetzgebungsweg zum Binnenmarkt begleitet werden muß,
- + die Bereitschaft des Europäischen Parlaments, das neue Kooperationsverfahren als Druckmittel und Blockadeinstrument einzusetzen, um gestaltende Forderungen durchzusetzen,
- + die Bereitschaft der Bundesregierung, wegen notwendiger Reformprojekte Konflikte im Rat einzugehen und die Konflikte öffentlich zu politisieren,
- + die Beteiligung der Regionen und ihrer Menschen bei der Ausfüllung der von den Strukturfonds geförderten Entwicklungsprogramme.

IX.

Die Europäisierung der Sozialstaatsidee, der Kampf um soziale Demokratie in Europa ist ein entscheidendes Handlungsfeld einer europäischen Reformpolitik. Wichtig ist die Konkretisierung dieser Zielsetzung in einem Gesamtkonzept. Die Arbeiterbewegung weiß aus ihrer Geschichte, daß den Arbeitnehmern in gesellschaftlichen wie in individuellen Notsituationen in der Regel nur verbindliche Rechtsansprüche helfen. Die Rechtsansprüche müssen gleichzeitig mit der Vollendung des Binnenmarktes gesetzlich gesichert werden. Dazu bedarf es eines konkreten Katalogs von sozialen Forderungen und eines verbindlichen Zeitplans.

Inhalte eines Katalogs von sozialen Mindestrechten müssen sein:

- + keine Arbeit ohne Arbeitsvertrag,
- + Sozialversicherungspflichtigkeit jeder Erwerbsarbeit,
- + Festlegung einer Arbeitszeithöchstdauer,
- + Regelung der Nachtarbeit und der Wochenendarbeit,
- + Verankerung des Rechts auf Bildung, Aus- und Weiterbildung,
- + Festschreibung der Rechte der Gewerkschaften,
- + Beteiligung, Information und Konsultation sowie Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei Unternehmensentscheidungen und im Betrieb,
- + Einrichtung eines europäischen Betriebsrates in transnationalen Unternehmen,
- + soziale Rechte wie Mutterschutz, Elternurlaub,
- + Schutz der Gesundheit in der Arbeitswelt,
- + Sicherstellung, daß nationale weitergehende Standards solange in Kraft bleiben und weiterentwickelt werden können, bis gleichwertige europäische Standards bestehen,
- + Einbeziehung von Sozialverträglichkeitsprüfung und Umweltverträglichkeitsprüfung in alle europäischen Projekte und Maßnahmen, insbesondere bei Forschungsvorhaben,
- + europäische Entwicklung des Prinzips der Wirtschaftsdemokratie im europäischen Gesellschaftsrecht.

Eine solche offensive soziale und ökologische Gestaltungsstrategie ist die angemessene Antwort auf die Deregulierungsstrategie des europäischen Großkapitals und nicht das Wehklagen über die Gefahr des „Sozialdumpings“.

(-/15.2.1989/vo-he/rs)

* * *